

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist Nachhaltigkeit!!)

Das ist nicht einmal ein Drittel Ihrer im Jahre 2002 gebuchten Nettokreditaufnahme. Das ist bei dieser Haushaltslage ein Riesenschritt nach vorne. Das ist nachhaltige Finanzpolitik!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Möhrmann, Sie hätten in Ihrem Änderungsantrag ja auch vorschlagen können, die 138 Millionen Euro Rücklagenentnahme auszubuchen. Ich hätte das an Ihrer Stelle als Opposition aber auch nicht gemacht; denn dann hätten Sie ja keine Wahlversprechen machen können. Sie bauen jetzt auf unserem Haushaltsplanentwurf auf und geißeln, dass wir eine Rücklagenentnahme machen. Aber anstatt diese um die 138 Millionen Euro zurückzuführen, nehmen Sie die 150 Millionen Euro, um zusätzliche Geschenke zu machen. Man muss sich an die eigenen Anträge erinnern lassen. Sie sind sonst ein netter Kerl. Dass Sie so etwas hier vortragen müssen, ist wirklich bedauerlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Weitere Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 10 bis 15 liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die allgemeinpolitische Debatte über die Regierungs- und Haushaltspolitik. Morgen ab 9 Uhr setzen wir die Beratung mit der Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte fort.

Ich rufe nun auf den

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Verbots, Gesamtschulen zu errichten - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 15/3201 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 15/3359

Die Beschlussempfehlung lautet auf Ablehnung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Meinhold von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

Walter Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist ja eben bekannt gegeben worden. Ich will auf ein paar Dinge eingehen, die etwas mit der Debatte zu tun haben.

Ein Schwerpunkt in der Debatte zu diesem Gesetzentwurf war, dass ständig davon geredet worden ist, es müsse endlich einmal Schluss sein mit der Schulstrukturdebatte. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Wir sind mitten drin. Die Schulstrukturdebatte beherrscht zurzeit alle wichtigen großen bildungspolitischen Veranstaltungen. Ich werde nachher noch auf eine zu sprechen kommen.

Wenn jemand der Meinung ist, er müsse den Schluss der Schulstrukturdebatte fordern, dann kann ich nur sagen: Wenn eine Fraktion in diesem Parlament eine dauerhafte Schulstrukturdebatte geführt hat, dann war das keine andere als die CDU-Fraktion.

Aber das ist auch Vergangenheit. Sie sind der Meinung, die Schulstrukturdebatte wäre aufgrund der früheren Auslese ab Klasse 4, die Sie organisiert haben, vorbei. Das ist falsch. Damit fängt sie erst richtig an. Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, dass Ihre Art und Weise der Aussortierung von Kindern dazu geführt hat, dass wir heute ganz anders über die Hauptschule reden müssen, als wir es bisher getan haben.

(Joachim Albrecht [CDU]: Wir sortieren niemanden aus! - Gegenruf von der SPD: Und wie!)

Gleiches gilt gleichermaßen für die Realschulen. Auch dort gibt es ein Problem aufgrund der Entscheidung der Eltern und der Schülerinnen und Schüler mit den Füßen. Das heißt, wir haben objektiv die Schulstrukturdebatte. Sie ist nicht von uns gefordert worden nach dem Motto „Nun müssen wir etwas Neues erfinden“. Auf diese Debatte muss es Antworten geben.

Eine der Antworten kann durchaus sein, in diesem Schulwesen zwei Alternativen bereitzuhalten, nämlich zum einen die gegliederte und zum anderen die integrierte bzw. kooperative Form. Genau an dieser Stelle haben Sie aber nicht mitgemacht. Deshalb haben Sie auch dieses Problem. Die Strukturproblematik wäre am ehesten zu überwin-

den, wenn man den Menschen diese beiden Alternativen zur Wahl geben würde.

Denn eines ist doch klar: Die hohen Zahlen von weit über 2 000 abgewiesenen Anträgen bei den Gesamtschulen beziehen sich doch nur auf die Standorte, an denen eine Gesamtschule besteht. Würde es in diesem Lande ein flächendeckendes System von Gesamtschulen geben - das Sie ja bewusst verhindern -, dann wäre die Zahl der Anmeldungen erheblich größer. Das ist relativ einfach klarzumachen. Denn es kann doch nicht sein, dass lediglich in den Bereichen mit einem hohen Angebot an Gesamtschulen integrativer und kooperativer Art - z. B. in der Region Hannover - der Wille der Eltern besonders groß ist, ihre Kinder auf solche Schulen zu schicken. Nein, das hat einen guten Grund. Aber Sie wollen an der jetzigen Art des Systems festhalten und mit dem Ablehnen der Errichtung weiterer Gesamtschulen genau das zementieren, was objektiv betrachtet nicht mehr zu halten ist. Die Zahlen sind da sehr eindeutig.

(Zustimmung bei der SPD)

Ein weiterer Punkt in der Debatte war: Dann mögen doch die Gesamtschulen ihre Zügigkeit ausbauen. - Dann wurde noch der Hinweis gegeben: Die wollen wohl klein, aber fein bleiben. - Auch wurde gesagt: Bei den Gymnasien ist es ganz anders.

Ich will Ihnen sagen, wie es tatsächlich ist. Es sieht so aus, dass beispielsweise in den 16 Gymnasien der Stadt Hannover die Drei-, Vier- und Fünfügigkeit erhalten bleibt. Es gibt überhaupt keine Absichten des Schulträgers, Schulen eventuell zusammenzulegen und die Zügigkeit zu erhöhen. Wir halten eine überschaubare Zügigkeit an Gymnasien, an Gesamtschulen, an Realschulen oder welchen Schulen auch immer für vernünftig und richtig.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb ist es absolut falsch zu sagen, wir wollten die Zügigkeit erweitern. Wenn aber der Herr Minister Busemann sagt „Dann mögen die in Hannover doch etwas machen“, kann ich Ihnen sagen: Wir werden da etwas tun. Wir werden im Rahmen der Schulentwicklungsplanung versuchen, die vielen abgewiesenen Schülerinnen und Schüler und auch diejenigen, die zukünftig abgewiesen werden, aufzunehmen. Aber was passiert denn? Sollten wir tatsächlich das Geld für einen Anbau haben, z. B. bei der IGS List - was nicht anders

ginge -, dann gibt es einen Innenminister - er ist gerade nicht da -, der über seine Behörde den städtischen Haushalt deckeln lässt, was er jetzt ohnehin schon macht, indem er sagt „Wir deckeln die Mittel für die Sanierung von Schulen“.

(Joachim Albrecht [CDU]: Nein, nur die Schulden werden gedeckelt!)

Da ist die Frage zu stellen, was denn vernünftig wäre. Um es Ihnen deutlich zu sagen: Wir Sozialdemokraten wollen tatsächlich das gegliederte Schulwesen überwinden.

(Joachim Albrecht [CDU]: Gut, dass Sie das sagen!)

Am 1. Dezember hat es einen Kongress der Bertelsmann-Stiftung „Schule in der Gesellschaft“ gegeben. Dort haben namhafte Redner - einen möchte ich zitieren - darüber gesprochen. Bischof Huber hat eine Schlagzeile der *Süddeutschen Zeitung* wiedergegeben. Die *Süddeutsche Zeitung* titelte: Das planmäßige Scheitern bei uns im Schulwesen heißt frühe Auslese, geringe Durchlässigkeit, zahlreiche Abbrecher, zu viele Schüler bleiben auf der Strecke.

Als es in der Veranstaltung dann darum ging, ein Meinungsbild zum gegliederten Schulwesen oder zum integrativen Schulwesen herzustellen,

(Joachim Albrecht [CDU]: Nur zum integrativen Schulwesen, nicht zum gegliederten! Sie waren nicht da! - Ursula Körtner [CDU]: Sie lassen schon wieder etwas weg, das ist unredlich!)

- Herr Albrecht, wenn man über das integrative Schulwesen redet, dann ist damit indirekt auch eine Aussage über das gegliederte Schulwesen gemacht.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist ein Quatsch ohne Ende!)

Der Zwischenruf, den Sie da im Plenum gemacht haben, ist mir auch zu Ohren gedrungen.

Es ist so gewesen, dass die breite Mehrheit der Experten

(Joachim Albrecht [CDU]: Der Teilnehmer!)

- der Experten -

(Joachim Albrecht [CDU]: Der Teilnehmer!)

für das integrative Schulwesen war.

Aber es wird noch viel deutlicher. Das möchte ich zum Schluss sagen, weil wir diesen Streit gleich entscheiden werden. In der *Zeit* ist zu lesen:

„Die Anhänger des gegliederten Schulsystems müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie keine wissenschaftlichen Argumente für die in Deutschland praktizierte Aufteilung ins Feld führen können.“

(Beifall bei der SPD - Joachim Albrecht [CDU]: Absoluter Blödsinn!)

Das ist das Erste. Lassen Sie mich aber ein Zweites sagen; auch das steht darin. Nun kommt die Position zur Gesamtschule; denn ich bin nicht - wie Sie vermuten - auf dem einen Auge blind.

(Joachim Albrecht [CDU]: Da bin ich aber gespannt!)

„Den Verfechtern der Gesamtschule ihrerseits muss klar sein, dass die optimale Förderung jedes einzelnen Schülers nicht zu mehr Gleichheit, sondern zu mehr Ungleichheit führt. Denn je größer die Chancengerechtigkeit, desto mehr schlagen die Gene durch. Eine gute Schule, das mag nicht jedem gefallen, produziert Leistungsunterschiede auf hohem Niveau.“

Wenn uns das gelänge, mit einem integriertem System, mit einer gemeinsamen Schule Leistungsunterschiede auf hohem Niveau zu haben,

(Joachim Albrecht [CDU]: Mit dem gegliederten Schulwesen geht das!)

dann wäre das Thema der frühen Auslese, der Schulabbrecher, der Versager und damit auch der Probleme, die wir haben, vom Tisch.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Sie müssen zum Schluss kommen.

Walter Meinhold (SPD):

Meine Damen und Herren, wenn Sie an einem System festhalten, das nachweislich nicht zukunftsfähig ist,

(Joachim Albrecht [CDU]: Im Gegenteil!)

dann werden Sie langfristig - das sagen alle Experten - scheitern. Insofern nehmen wir die Niederlage bei der Abstimmung, die gleich kommen wird, gelassen hin; denn wir wissen, auf welcher Basis sie beruht. Ich kann Ihnen sagen: Das ist, lieber Kollege Klare, pure Ideologie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Albrecht das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er hat doch schon genug dazwischen gerufen!)

Joachim Albrecht (CDU):

Das war nicht lang genug. Deswegen muss ich doch noch etwas sagen.

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf, den wir heute in zweiter Beratung behandeln, verfolgen die Einbringer das Ziel, künftig wieder die Errichtung von Gesamtschulen zuzulassen. Das ist und war für mich zumindest kein sehr überraschender Gesetzentwurf, da die SPD in seltener Ignoranz in alten ideologischen Träumen weiterlebt.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Begründung zu diesem Gesetzentwurf zeigt dies eindeutig. Als Begründung wird ein angeblicher Elternwille angeführt und mit Anmeldezahlen „nach Angaben der Lehrerverbände“ - das war ein Zitat aus Ihrer Drucksache - anscheinend belegt. Doch welche Lehrerverbände haben solche Zahlen tatsächlich veröffentlicht? - Ich habe so etwas nur bei einem einzigen Lehrerverband gefunden, nämlich bei der GEW, die hier herumklammert hat, und bei sonst niemandem. Dann sagen Sie das bitte auch und sonst nichts.

(Jacques Voigtländer [SPD]: Das ist unglaublich!)

Was die Problematik der Anmeldeüberhänge betrifft, so haben wir in der Vergangenheit schon mehrfach auf die nicht ausgeschöpfte Zügigkeit der vorhandenen Gesamtschulen hingewiesen. Herr Kollege Meinhold hat das eben auch noch einmal getan. Würden nämlich alle Gesamtschulen ihre genehmigten Züge einrichten, gäbe es an den meisten Standorten eher einen Überhang an Plätzen und nicht mehr einen Überhang an Anmeldungen.

(Zustimmung bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Meinhold, es gibt Gymnasien - vielleicht nicht hier in Hannover; denn dort gibt es 16, aber an anderen Standorten - mit sechs oder sogar acht Zügen. Vor diesem Hintergrund stimmt Ihr Vergleich nicht so ganz.

Aber wir haben im Zuge der Ausschussberatungen noch etwas anderes erfahren - das haben Sie hier verschwiegen -: Die Gesamtschulen im Lande haben noch nicht einmal im Rahmen der aktuell vorhandenen Züge die möglichen Schülerzahlen ausgeschöpft.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Die Schulen haben Schülerinnen und Schüler abgewiesen, obwohl sie die zulässigen Höchstgrenzen für die Klassenbildung noch nicht erreicht hatten. - So kann man natürlich künstlich einen Bedarf schaffen!

(Ursula Körtner [CDU]: Klein, aber fein!)

In Braunschweig beispielsweise gibt es mehrere Gesamtschulen, die ihre Zügigkeit nicht ausgeschöpft haben. Hier in Hannover gibt es solche auch.

(Zuruf von der SPD: Welche denn?)

Viel wichtiger als diese Fragen ist aber etwas anderes, nämlich das, was in der Begründung nicht drinsteht, was die SPD wohlweislich weggelassen hat. Das ist die Frage nach der Qualität der Schulform.

(Zustimmung bei der CDU)

Sicherlich hat sich auch der Antragsteller ausführlich mit PISA und TIMSS beschäftigt und dabei auch mitbekommen, dass keine dieser Untersu-

chungen - weder PISA noch PISA-E, weder TIMSS I noch TIMSS II - irgendeinen Rückschluss auf die Schulstruktur zulässt.

(Zustimmung bei der CDU)

Schon 1997 haben Baumert - ich erinnere daran: das ist der berühmte Mann, der landläufig als „PISA-Papst“ bezeichnet wird - und sein Kollege Lehmann bei der Auswertung von TIMSS II festgestellt, dass der Erfolg von Schulen nicht von den im Lande üblichen Schulformen abhängt, sondern von der die Schule tragenden Kultur.

(Zustimmung bei der CDU)

Baumert und Lehmann benennen fünf Faktoren für den Erfolg von Schule, nämlich: die generelle Wertschätzung schulischen Lernens, die Unterstützung durch das Elternhaus, die Bereitschaft zur Anstrengung, die Gestaltung des Fachunterrichts und eine zentrale Abschlussprüfung, die regulierend auf das Lernverhalten in der Sekundarstufe 1 zurückwirkt. - So weit die beiden Herren in ihrer damaligen Beschreibung und Auswertung zu TIMSS II.

Meine Damen und Herren, Sie können das gerne nachlesen. Das ist bei Leske + Budrich in Opladen erschienen und steht - für diejenigen, die das nachlesen wollen - auf den Seiten 19, 89 und 218. In allen Veröffentlichungen von und über PISA finden Sie nicht einen einzigen Hinweis auf die von vielen Gesamtschulverfechtern erhofften angeblich besseren Ergebnisse von Gesamtschulen. Im Gegenteil. So können Sie in der vertiefenden Zusammenfassung zu PISA-E, herausgegeben vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, genau die Schwächen der Gesamtschulen nachvollziehen. In allen überprüften Kompetenzfeldern liegt die Gesamtschule deutlich hinter den Leistungen der Realschule und weit hinter den Leistungen des Gymnasiums zurück.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Nun behaupten Gegner des gegliederten Schulwesens immer wieder, die soziale Segregation werde durch die gemeinsame Beschulung verhindert. Auch das ist bei PISA widerlegt worden. So bemerken Baumert und seine Kollegen dazu in der von mir schon zitierten Zusammenfassung der PISA-Untersuchung im Jahre 2003, dass die Unterschiede zwischen einzelnen Schulen derselben

Schulform größer sind als die Unterschiede zwischen Schulformen und Bildungsgängen.

Im Übrigen hat bereits im März 2002 Herr Dr. Dieter Wunder, der ehemalige Vorsitzende der GEW - er ist nun wirklich unverdächtig, uns nahe zu stehen -, auf dem Gesamtschultag der GEW in Nordrhein-Westfalen eingestanden, dass PISA die deutsche Gesamtschule nicht bestätigt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, um gerade zu der Frage der Qualität von Schulen und Schulformen Aussagen machen zu können, braucht man allerdings nicht nur kurzfristige Tests, wie es bei PISA und TIMSS der Fall war, sondern man braucht Langzeituntersuchungen. Das Max-Planck-Institut in Berlin hat bereits 1991 mit dem Forschungsprojekt „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter und jungen Erwachsenenalter“ - abgekürzt BIJU - eine solche Langzeitstudie ländere- und schulformübergreifend gestartet. Nach zehn Jahren wurden die letzten Befragungen durchgeführt. Interessant sind die inzwischen veröffentlichten Ergebnisse z. B. für Nordrhein-Westfalen. Dort haben Realschüler und Gymnasiasten gegenüber Gleichbegabten und aus ähnlichen sozialen Verhältnissen stammenden Gesamtschülern am Ende des 10. Schuljahrgangs in Englisch, in Mathematik, in Physik und in Biologie einen Wissensvorsprung von mehr als zwei Schuljahren. Diese Unterschiede verändern sich bis zum Abitur nur geringfügig. Ein Beispiel: Die Friedensschule in Münster ist in dieser Untersuchung eine der beiden besten Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen, mit besten Voraussetzungen durch eine entsprechende bildungsnahe Elternschaft und einem sehr hohen Anteil von Kindern mit Gymnasialempfehlung.

(Glocke der Präsidentin)

Selbst diese sehr gute Gesamtschule bleibt noch fast ein Schuljahr hinter den Leistungen der beteiligten Gymnasien zurück.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Albrecht, Sie müssen bitte zum Schluss kommen. Einen letzten Satz akzeptiere ich noch.

Joachim Albrecht (CDU):

Eine kurze Schlussbemerkung: In dieser BIJU-Studie wurde auch festgestellt, dass Defizite beim sozialen Lernen bei der Gesamtschule sehr viel größer sind als bei den Schulen des gegliederten Schulwesens. Vor diesem Hintergrund wird sehr deutlich, dass die Experten im Bildungsbereich längst wissen - dies wird aber von den Gesamtschulbefürwortern vehement geleugnet -, dass zwischen dem pädagogischen Anspruch der Gesamtschule und der Realität, wie es in wissenschaftlichen Untersuchungen zum Ausdruck kommt - - -

(Die Präsidentin schaltet dem Redner das Mikrofon ab)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Albrecht, ich habe jetzt das Mikrofon abgeschaltet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es liegen zwei Kurzinterventionen vor. Die erste Kurzintervention kommt von Herrn Kollegen Meinhold, dann folgt die Kurzintervention von Frau Kollegin Korter, beide auf Herrn Kollegen Albrecht. Nach anderthalb Minuten stelle ich ohne Klingelzeichen das Mikrofon ab. - Bitte schön, Herr Kollege Meinhold!

Walter Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 9. November haben wir vom Kultusministerium eine tolle Übersicht über die Anmeldezahlen bei den IGSen und den KGSen bekommen. Wir beziehen uns also nicht auf irgendwelche Zahlen, sondern auf amtliche Zahlen des Ministeriums. Diese sagen deutlich: Bei den IGSen sind 2 000 Schülerinnen und Schüler abgewiesen worden.

Nun zur Zügigkeit: Bei den KGSen gibt es eine Zügigkeit, wie wir sie an Gymnasien nicht kennen, beispielsweise KGS Laatzten: zehnzügig, Fritz-Reuter-Schule in Bad Bevensen: zehnzügig, KGS Rastede: zehnzügig. Ich könnte Ihnen jetzt noch die achtzügigen Schulen nennen. Die Gesamtschulen haben - ich sage das in aller Deutlichkeit und Klarheit - die Bandbreite der Zügigkeit ausgedehnt, um alle Kinder aufzunehmen. Wir alle wissen aber, dass das die falsche Richtung ist. Das heißt, wir brauchen Schulen - dies sage ich noch einmal -, egal ob es Gymnasien, Realschulen oder

Gesamtschulen sind, in denen es eine übersichtliche Schülerschaft gibt. Wir brauchen diese Schulen sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Kolleginnen und Kollegen, die dort unterrichten.

Ich sage es noch einmal: Die Zahlen, die genannt werden, lieber Kollege Albrecht - „lieber“ in Anführungszeichen -, hätten Sie allemal der Übersicht entnehmen können.

(Heiterkeit bei der SPD - Joachim Albrecht [CDU]: Ich habe mich nur auf Ihren Text bezogen!)

Eine Schlussbemerkung: Wenn Sie sich angucken, wie hoch die Zahlen sind, und wenn man dann die Gegenüberstellung des Ministeriums dazu nimmt - - -

(Die Präsidentin schaltet dem Redner das Mikrofon ab)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Meinhold. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. - Zur nächsten Kurzintervention hat Frau Kollegin Korter das Wort.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Albrecht, wenn Sie uns in diesem Hohen Hause schon etwas erzählen, dann müssen Sie auch bei der Wahrheit bleiben. Herr Meinhold hat es eben gesagt: Das, was uns an Zahlen zu den Gesamtschulabweisungen vorgelegt worden ist, sind die offiziellen Zahlen des Ministeriums und nicht irgendwelche herbeigesuchten Zahlen. Sie dürfen dem Parlament nicht die Unwahrheit sagen.

Ich möchte noch ein paar Dinge klarstellen. Sie verfolgen ja immer wieder die Strategie, die Leistungen der Gesamtschulen zu diffamieren und schlechtzureden, damit Sie die Eltern endlich davon abbringen, dass sie ihre Kinder dort anmelden. Herr Albrecht, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie erklären Sie sich denn die hervorragenden Ergebnisse der IGS Göttingen-Geismar oder der IGS Franzshes Feld in Braunschweig? Wollen Sie erzählen, diese Schulen hätten so gute Ergebnisse, ohne dass sie die besondere individuelle Förderung in ihrer Schulform praktizieren? - Sie wissen genau, wie gut sie abgeschnitten haben und

wie gut sie auch beim Projekt „Reformzeit“ abgeschnitten haben. Deswegen wollen Sie nicht so gerne, dass diese Schulen Mentoringschulen für andere werden.

(Joachim Albrecht [CDU]: Albern!)

Das werden Sie dem Parlament nicht erzählen können. Vor allem glauben Ihnen das die Eltern in Niedersachsen nicht. Die Zahlen belegen es eindeutig. Ich werde Ihnen das gleich noch einmal ein bisschen genauer vorrechnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Möchte Herr Kollege Albrecht oder eine Vertreterin oder ein Vertreter der CDU-Fraktion antworten? - Herr Kollege Albrecht, Sie haben für anderthalb Minuten das Wort.

Joachim Albrecht (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Meinhold, ich habe nur aus Ihrem Gesetzentwurf zitiert, nichts anderes. Sie sollten einmal gucken, was Sie schreiben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Kollegin Korter, bezüglich der Zügigkeit sind uns die Zahlen damals im Ausschuss vorgebracht worden. Wir haben festgestellt, dass die Zahl der angenommenen Kinder nicht der möglichen Höchstzahl entspricht, die aufgrund der Zügigkeit vorhanden ist, z. B. bei der IGS Franzshes Feld in Braunschweig. - Das aber nur nebenbei.

Die IGS Göttingen-Geismar ist mit der Friedensschule in Münster vergleichbar. Sie hat ein hervorragendes Umfeld mit überproportional hohen Anteilen von gymnasialempfohlenen Kindern, bis zu 75 % pro Jahrgang, und entsprechenden Elternhäusern, die dahinterstehen. Sie können diese doch nicht mit einer anderen Schule im Gesamtschulbereich vergleichen.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Wenn ich andere Gesamtschulen betrachte, die immer wieder als Beispiel herangezogen werden, wie z. B. in Wiesbaden, dann kann ich feststellen: Das sind zum Teil Gesamtschulen, die erst vor

wenigen Jahren aus Gymnasien in Gesamtschulen umgewandelt worden sind.

(Beifall bei der CDU - Walter Meinhold [SPD]: Welche?)

- Wiesbaden!

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Albrecht. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Korter das Wort.

(Unruhe)

- Frau Korter hat das Wort und nicht Herr Kollege Meinhold. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Zuruf von Joachim Albrecht [CDU])

- Herr Kollege Albrecht, das gilt auch für Sie!

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Sommerferien haben wir es wieder erlebt: Mehr als 2 000 Schülerinnen und Schüler mussten von niedersächsischen Gesamtschulen abgelehnt werden, weil sie dort keinen Platz mehr fanden. Wir haben gerade über die Zahlen gestritten. Es waren genau 2 086. Sie wollten gerne an eine Gesamtschule gehen, aber sie durften nicht. Warum? - Weil Kultusminister, CDU und FDP nicht wollen, dass wir mehr Gesamtschulen in Niedersachsen haben. Ungefähr 60 Klassen hätten wir mit diesen Schülerinnen und Schülern bilden können. Das entspricht 10 bis 15 neu einzurichtenden Gesamtschulen.

Schulen sollen eingerichtet werden, wenn ein ausreichendes Bedürfnis vorhanden ist. - So steht es im Schulgesetz. Sind 2 000 Schülerinnen und Schüler kein ausreichendes Bedürfnis, oder ist es für Sie das falsche Bedürfnis?

(Ursula Körtner [CDU]: Wir haben es fünfmal erklärt, Frau Korter!)

Hinzurechnen müsste man noch die Tausende von Schülerinnen und Schülern, die eine Gesamtschule anwählen würden, wenn sie könnten, wenn es in ihrem Landkreis überhaupt eine gäbe. Aber CDU und FDP haben die Neugründung von Gesamtschulen in ihrem Schulgesetz verboten, wo Ihnen doch sonst der Elternwille angeblich so wichtig ist; hier offensichtlich nicht.

Auch die Forderung der Kommunen, selbst zu entscheiden, wann und wo sie neue Gesamtschulen einrichten - das ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wichtig -, interessiert Sie überhaupt nicht. Krampfhaft halten Sie am Neugründungsverbot fest, obwohl Sie ganz genau wissen, dass Ihr gegliedertes Schulsystem längst am Ende ist. Die rapide sinkenden Anmeldezahlen an den Hauptschulen sagen Ihnen das deutlich wie nie zuvor: Sie sind mit Ihrer Schulstrukturreform von 2003 schon jetzt gescheitert,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Walter Meinhold [SPD]: Ja-wohl!)

und Sie sind nicht mehr zukunftsfähig. Herr Busemann, Sie und Ihre CDU-Fraktion mögen keine Gesamtschulen. Das wissen wir. Das erleben wir immer wieder. Zudem wollen Sie keine integrative Beschulung. Das haben wir in der Debatte im letzten Plenarsitzungsabschnitt erleben müssen. Das hat die CDU-Fraktion gezeigt, als sie im Kultusausschuss abgelehnt hat, zum Thema „Mehr Integration für Förderschülerinnen und Förderschüler“ auch nur eine Anhörung zuzulassen. Das haben Sie auf dem Philologentag in Goslar so deutlich gemacht wie nie zuvor. Sie wollen, dass Gymnasien weiter privilegiert werden. Hinsichtlich aller anderen Schülerinnen und Schüler gilt für Sie: Schuster, bleib bei deinem Leisten - frühe Trennung, eingeschränkter Bildungsauftrag für die verschiedenen Schulformen, Durchlässigkeit vor allem nach unten.

Jetzt wollen Sie auch noch die Lehramtsausbildung per Prüfungsverordnung auf diese überholte Struktur ausrichten. Herr Busemann, das können Sie doch nicht ernst meinen. Unsere Universitäten sollen den Bologna-Prozess umsetzen, und Sie lassen Prüfungsverordnungen für die Lehrämter ausarbeiten, die wie im letzten Jahrhundert für jede niedersächsische Schulform extra gestrickt sind. Herr Busemann, ich komme langsam zu dem Eindruck, dass Sie mit Ihrem Amt überfordert sind.

(Beifall bei der SPD - Walter Meinhold [SPD]: Ja, das stimmt! Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Sie sind nicht in der Lage, die Erfordernisse der aktuellen Entwicklung zu erkennen, und schon gar nicht, gegen die ideologisch festgefahrenen Positionen in Ihrer CDU Lösungen zu entwickeln, die für die Zukunft tragen.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Gesamtschulen muss wieder zugelassen werden. Die Weiterentwicklung der bestehenden Gesamtschulen mit weniger Differenzierungsmöglichkeiten zu mehr Integration, individueller Förderung und Leistung ist das Gebot der Zeit. Wer das nicht erkennt und sich lieber in seinen ideologischen Gräben einbuddelt, setzt die Bildungschancen unserer Landeskinder dauerhaft aufs Spiel und ist aus meiner Sicht als Kultusminister ungeeignet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Korter. - Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Albrecht von der CDU-Fraktion das Wort. - Bitte schön, anderthalb Minuten.

Joachim Albrecht (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Korter, Sie sollten sich wirklich einmal intensiv mit der Langzeituntersuchung BIJU, „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklungen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter“, des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung beschäftigen. Von 1991 bis 2001 hat es dazu eine Langzeitstudie gegeben, parallel dazu eine zweite, die von 1993 bis 2000 lief.

(Zurufe von der SPD)

- Die Studien bezogen sich auch auf Nordrhein-Westfalen und leider nicht auf Niedersachsen; die Berliner haben uns leider nicht untersucht, was mir ja viel lieber gewesen wäre.

In diesen Studien hat man festgestellt, dass die Ergebnisse nicht so sind, wie Sie es hier behaupten. Lesen Sie es nach! Ich empfehle Ihnen den Aufsatz von Baumert und Köller in der Zeitschrift *Pädagogik*, Heft 6 aus dem Jahr 1998. Dort können Sie nachlesen, welche Ergebnisse BIJU hatte. Leider Gottes hat die Gesamtschule nicht so gut wie das gegliederte Schulsystem abgeschnitten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Albrecht. - Wird eine Antwort gewünscht? - Das ist offenkundig nicht der

Fall. Dann hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Schwarz das Wort. - Bitte schön.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es völlig emotionslos machen. Ich bin dem Kollegen Meinhold für diesen Antrag der SPD dankbar. Der Tagesordnungspunkt heißt „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Verbots, Gesamtschulen zu errichten“. Nach seinen Ausführungen geht es ihm überhaupt nicht darum, dass abgewiesene Kinder aufgenommen werden sollen, sondern schlicht und einfach darum, die Schulstrukturdebatte zu beleben und weiter am Kochen zu halten.

(Ursula Körtner [CDU]: Um die Einheitsschule!)

Sie mögen von dem Kongress in Hannover mitgenommen haben, dass diese Diskussion bundesweit geführt wird. Ich sage Ihnen aber in aller Klarheit: Hier in Niedersachsen haben genau diejenigen, die mit Schulstrukturreformfragen zu tun haben, die Nase gestrichen voll, darüber zu sprechen. Die sind damit durch!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir unterscheiden uns in drei wesentlichen Dingen, sehr verehrter Herr Kollege Meinhold: Sie wollen langfristig die Einheitsschule, wir wollen das nicht. Sie wollen über Organisation diskutieren, wir wollen über Weiterentwicklung von Qualität sprechen. Sie haben in der Vergangenheit die Gesamtschulen bevorzugt, wir haben Gerechtigkeit hergestellt.

(Lachen bei der SPD)

Das ist der Grund dafür, wie es in unserem Bildungssystem aussieht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Eckel hat in der ersten Beratung noch darüber gesprochen, wie es in Schleswig-Holstein aussieht. Ein Artikel in der *Welt* von gestern sagt dazu etwas Bemerkenswertes. Unter der Überschrift „Realschüler wollen keinen Unterricht mit Hauptschülern“ heißt es, dass Realschüler in Lübeck und Kiel zu Tausenden auf die Straße gehen und erklären, sie wollten ihr gegliedertes System beibehalten.

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist ja noch schlimmer, was Sie sagen! Merken Sie das denn nicht? - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Verehrte Frau Helmhold, hier steht: „Grüne zeigen Verständnis für die Proteste“. Das kommt noch hinzu.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP] - Lachen bei der CDU)

Ich möchte Ihnen in aller Klarheit sagen: Das dreigliedrige Schulsystem wird von uns nach wie vor getragen, weil es begabungsgerecht ist.

Am Ende möchte ich Herrn Meinhold noch eines mit auf den Weg geben. Ich glaube, Sie sind bei dem Kongress nicht dabei gewesen.

(Walter Meinhold [SPD]: Ich habe zitiert!)

Wenn doch, wäre es ausgesprochen wichtig gewesen, bis zum Ende zu bleiben. Der Vertreter der Bertelsmann-Stiftung hat auf diesem Bildungskongress zusammenfassend gesagt, es gehe nicht an, dass man einfach nur eine Gesamtschule übernimmt und die Struktur für die Gesamtschulen schafft. Dazu gehöre eine Menge mehr: die Lehrerbildung, die frühkindliche Bildung und, und, und.

(Walter Meinhold [SPD]: Stimmt doch! Wir widersprechen nicht!)

Deswegen sagen ich Ihnen in aller Klarheit: Vergessen Sie es mit der Schulstrukturreform! Wir werden das, was wir begonnen haben, erfolgreich fortsetzen. Unter dem Strich wird ein Ergebnis herauskommen, das sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Schwarz. - Für eine Kurzintervention hat sich jetzt Herr Kollege Meinhold zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

(Walter Meinhold [SPD]: Nein, Herr Poppe!)

- Herr Poppe zu einer Kurzintervention auf den Kollegen Schwarz. Anderthalb Minuten!

Claus Peter Poppe (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schwarz, zum wiederholten Male haben Sie jetzt „Schluss mit der Strukturdebatte“ gefordert. Sie von CDU und FDP - Herr Meinhold hat darauf hingewiesen - haben diese Debatte doch als Erste und mit Vehemenz angestoßen. Von Ihnen kommt diese Strukturveränderung, die jetzt dafür gesorgt hat, dass die Hauptschulen gegen die Wand fahren.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Wo?)

- Überall. Schauen Sie sich an, wie in allen Landkreisen dreizügige Hauptschulen auf einzügig heruntergehen, wie die Prozentsätze heruntergehen.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

Das System, das Sie jetzt geschaffen haben, ist nicht dreigliedrig, sondern mindestens viergliedrig. Immer vergessen Sie die Förderschulen.

Es ist außerdem nicht gerecht. Dazu trage ich noch ein kleines Zitat aus der Tagung vor, bei der wir beide gewesen sind. Dort führte Bischof Huber wörtlich aus:

„Bildungschancen in unserem Bildungssystem sind unter dem Gesichtspunkt der Befähigungsgerechtigkeit und der Solidarität zu prüfen. Wer sich als Christ taub stellt, wenn die Ungerechtigkeit zum Himmel schreit, beschädigt sich selbst und verleugnet seinen Glauben.“

Wenige Sätze später sagte er:

„Der Schmerzpunkt, an dem es richtig weh tut, ist das uneingelöste Versprechen der Chancengerechtigkeit. Deutschland ist erwiesenermaßen Weltmeister im Aussortieren und Separieren.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Poppe. - Herr Kollege Schwarz von der FDP-Fraktion möchte antworten. Andertal halb Minuten! - Herr Kollege Schwarz, Sie haben das Wort.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Herr Kollege Poppe, wir können uns durchaus trefflich darüber streiten; die einen sind für das dreigliedrige System, die anderen für das Gesamtschulsystem. Aber eines geht nicht: Wir können uns nicht gegenseitig vorwerfen, dass die einen schlecht und die anderen gut seien. Wir haben bei den Hauptschulen hervorragende Ergebnisse, die zur Kenntnis genommen werden müssen. Ich bitte Sie, das, was Sie hier in diesem Hause sagen, auch denjenigen zu sagen, die in den Hauptschulen erstklassige Arbeit leisten und sich für ihre Kinder einsetzen, vor allen Dingen den Rektoren und Schulleitungen, die dafür stehen, ihre Schüler gut vorbereitet in ein Berufsleben zu schicken, in dem sie auch Erfolge haben können. Mensch, akzeptieren Sie das doch einmal!

(Claus Peter Poppe [SPD]: Ich mache nicht den Hauptschulen einen Vorwurf, sondern Ihnen!)

Herr Meinhold hat gesagt, die Hauptschulen wolle er abschaffen, die solle es nicht mehr geben. Das unterscheidet uns. Wir lassen Gesamtschulen zu, Sie aber lassen das dreigliedrige Schulsystem nicht zu.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Herr Kollege Meinhold, Sie haben nicht mehr die Möglichkeit zu einer Kurzintervention, weil Herr Kollege Poppe dieses Recht in Anspruch genommen hat. Es darf für jede Fraktion jeweils nur einer sprechen. Auf die Antwort erteile ich nicht noch einmal die Möglichkeit zu einer Kurzintervention.

Jetzt hat Herr Minister Busemann das Wort. Bitte schön!

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man ist doch immer wieder erstaunt, wie viel Leidenschaft bildungspolitische Diskussionen auch an einem fortgeschrittenen Abend entfachen können. Herr Meinhold, soll ich Ihnen einmal etwas ehrlich sagen?

(Walter Meinhold [SPD]: Ja, bitte!)

Der Wahlkampf lässt grüßen, und ich freue mich richtig darauf.

(Walter Meinhold [SPD]: Ich auch!)

Kluge Wahlkämpfer halten das Pulver noch ein wenig trocken. Im Laufe des nächsten Jahres wird es sicherlich einiges mit Ihnen zu besprechen geben. Ich könnte Ihnen schon jetzt einiges sagen, was vor allem für Herrn Jüttner wichtig wäre, damit er nicht jedes Himmelfahrtskommando mitmacht. - Aber egal.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe nicht an der Veranstaltung teilgenommen, bei der Bischof Huber vor einigen Tagen gesprochen hat, obwohl ich dort später noch ein kurzes Grußwort gesprochen habe. Ich kenne allerdings die jüngste Schrift der evangelischen Kirche zur Bildungssituation in Deutschland und habe auch Diskussionsveranstaltungen dazu mitgemacht. Auch die Forderung nach Bildungsgerechtigkeit kann ich absolut teilen. Ich möchte Ihnen daher beinahe die Wette antragen, dass Bischof Huber in seinem Beitrag nicht *expressis verbis* hier die Gesamtschulen, die integrativen Systeme, und dort das gegliederte Schulsystem gegenübergestellt hat. An dieser Stelle interpretieren Sie den Redner völlig falsch.

(Beifall bei der CDU)

Die evangelischen Kirchen haben eine solche Gegenüberstellung in ihrer Schrift nicht vorgenommen, und Bischof Huber wird so klug gewesen sein, das nicht in seiner Rede zu tun. Seien Sie also ein bisschen vorsichtiger, wenn Sie Persönlichkeiten wie Bischof Huber in diesem Zusammenhang zitieren.

Ich war eigentlich der Auffassung - das haben wir mit den Gesetzesberatungen 2003 klar gemacht -, dass die 30jährige leidige, ideologiebefrachtete Debatte über die Schulstruktur irgendwann einmal beendet sein sollte.

(Walter Meinhold [SPD]: Sie haben sie doch wieder eröffnet!)

Ich darf daran erinnern, dass Herr Jüttner im Frühling/Sommer 2003 gesagt hat: Okay, wir haben eine Klatsche bekommen, der Wähler hat entschieden; Gesamtschulen sind im Grunde nicht gewollt. Das passt uns zwar nicht, aber wir werden

das Thema der Schulstrukturen nicht wieder nach vorn tragen.

(Walter Meinhold [SPD]: Das hat er nicht gesagt!)

Wie der Zufall es so will - manches Mal kommt die Bildungspolitik an der einen oder anderen Stelle ohne eine solche Diskussion nicht aus -: Jetzt haben wir wieder eine Schulstrukturdebatte. Sie alle, Herr Jüttner, werden sich dafür verantworten müssen.

Ich diskutiere in diesem Zusammenhang völlig entspannt, da wir - ich selber, aber auch die praktizierte, die angewandte Politik - schon viel weiter sind. Ich habe kein Problem damit, dass es Länder gibt, die sich im integrierten System bewegen. Denen muss man sagen, dass sie Differenzierungsmechanismen anbieten müssen, da das System sonst nicht funktioniert. Den Ländern, die sich, wie Niedersachsen, aus historischen und sonstigen, guten, Gründen im gegliederten System bewegen, muss man sagen, dass sie Durchlässigkeitsmechanismen vorhalten müssen, was wir mit der Verabschiedung unseres aktuellen Schulgesetzes auch getan haben, weil das wichtig ist und wir um die Notwendigkeit wissen. Wir sind hier längst weiter. Das haben Sie in Teilen, zumindest was die Kernpunkte angeht, auch wenn Sie das Gesetz insgesamt abgelehnt haben, mit beschlossenen. Bei der Entwicklung waren Sie dabei.

Wir haben mittlerweile das Thema der eigenverantwortlichen Schulen. Im nächsten Sommer wird das an den Schulen in ganz Niedersachsen umgesetzt. Es geht darum, dass der Staat die Bildungsstandards setzt und die Schulen mit möglichst viel Freiheit die Ziele mit ihren Schülerinnen und Schülern erreichen und der Staat am Ende eine Outputkontrolle vornimmt: Wie gut sind wir? Die große ideologische Debatte interessiert nicht mehr. Wir sind längst viel weiter. Das sehen Sie an allen möglichen Einzelmaßnahmen. Das werde ich Ihnen auch noch aufzeigen.

Diese Debatte hilft uns nicht weiter.

(Zustimmung bei der CDU)

In keinem System ist es verboten, das Richtige zu tun. Nirgendwo ist es verboten, die frühkindliche Bildung besser als bisher zu machen. Nirgendwo ist es verboten, den Grundschulern mehr Grundfertigkeiten - Rechnen, Schreiben, Lesen - beizubringen. Nirgendwo ist es verboten, Hauptschulen

mit Ganztagsangeboten und anderen Dingen zu favorisieren, und dort Sozialarbeit zu betreiben sowie Berufsorientierung anzubieten, wie dies mit sehr viel Erfolg, wie ich dieser Tage von Innungsmeistern gehört habe, geschieht. Es ist nicht verboten, an einer gymnasialen Oberstufe - auch im Klassenverbund - intensiveren Unterricht stattfinden zu lassen. Es ist nicht verboten, das Abitur nach der Klasse 12 abzulegen. Und und und. Was sollen eigentlich die Systemdebatten? - Ich verstehe das nicht. Das ist Kreativarmut. Wenn man keine Einfälle mehr hat, begibt man sich zurück zu Ideologiedebatten. Ich komme nachher noch an einigen Stellen darauf zu sprechen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Entschuldigung, Herr Minister Busemann, dass ich Sie unterbreche. Der Geräuschpegel ist zu hoch. - Nun haben sie sich wieder beruhigt. Ich hoffe, das hält ein wenig an. - Danke schön.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Klar ist - das war anfangs zu vermuten, jetzt ist es eindeutig zugestanden -, dass der Antrag Stellvertretercharakter hat. Es wird die Generaldebatte gesucht. Für Niedersachsen wird die Einheitschule, die gemeinsame Schule, die regionale Schule, die Gesamtschule - was auch immer an Obertiteln unterwegs ist - angestrebt. Darüber werden wir uns in den nächsten 14 Monaten im Grundsätzlichen unterhalten.

Nun aber noch einmal konkret zu dem Antrag, der das Einstiegsthema für eine solche Debatte liefern soll. In der Begründung zu dem Antrag sprechen Sie davon, dass zum Schuljahr 2006/2007 etwa 2 000 Schülerinnen und Schüler entgegen dem Wunsch der Eltern nicht von bestehenden Gesamtschulen aufgenommen worden seien. Daraus ziehen Sie die Schlussfolgerung, dass wir mehr Gesamtschulen bräuchten. Dazu kann ich Ihnen nur ganz eindeutig sagen: Wenn die Gesamtschulen in Niedersachsen - wir haben insgesamt 59 Gesamtschulen in Niedersachsen; gemeint sind weniger die KGSen, sondern vielmehr die IGSen - die genehmigte Zügigkeit ausfahren würden - sprechen Sie doch bitte einmal mit den Schulträgern, bei denen Sie als Sozialdemokraten die Mehrheiten stellen -, wäre damit eine Lösung des Themas ausgesprochen. Wenn vierzügige Integrierte Gesamtschulen die genehmigte Achtzügig-

keit ausfüllen würden, würde sich das Problem, das Sie hier als Einstiegsthema nutzen wollen, nicht stellen.

In der Tat sind 2 000 Schülerinnen und Schüler nicht angenommen worden. Wenn die Integrierten Gesamtschulen die genehmigte Zügigkeit ausschöpfen würden, wären 83 zusätzliche Züge möglich. Derzeit werden Schülerinnen und Schüler in 141 statt den möglichen 224 Zügen aufgenommen. Würden die Integrierten Gesamtschulen entsprechend aufgestockt, könnten diese 2 000 Schülerinnen und Schüler - fast auf die Zahl genau - untergebracht werden, und wir müssten diese Diskussion nicht führen. Das wäre vielleicht hier und dort nicht ganz standortscharf, aber da und dort wird ja auch ein wenig gefummelt, wie wir dies im Falle Braunschweigs vernommen haben. Ich nehme das einmal so hin. Das Thema an sich würde sich jedoch nicht stellen.

Aber Sie wollen über diese Thematik eine große Strukturdebatte entfachen. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe nicht den Eindruck, als bestünde, wie Sie suggerieren, in Niedersachsen sozusagen der massenhafte Drang - von Borkum bis Osterode und von Stade bis zur Grafschaft Bentheim -, als würden die Menschen überall danach lechzen, neue Gesamtschulen zu bekommen. Ich weiß nicht, wie in dieser Frage Ihre Antennen ausgefahren sind. Sie sollten das vielleicht einmal ein wenig eruieren. Wenn es diesen Druck gäbe - Sie sind ja erst seit dreieinhalb Jahren aus der Regierungsverantwortung heraus -, wenn das alles so eindeutig wäre, dann hätten Sie in den 13 Jahren Ihrer Regierungszeit doch x-mal ein neues Schulgesetz verabschiedet und ein paar Tausend Gesamtschulen im Lande begründen können. Das haben Sie aber nicht getan. Ich vermute, Sie haben sich dabei etwas gedacht. Ich sehe hier also keine massenhafte Bewegung.

Sie suggerieren mit dem Begriff „gemeinsame Schule“ und „Einheitsschule“ - - -

(Jacques Voigtländer [SPD]: „Gemeinsame Schule“ ist gut!)

Sie nennen das „gemeinsame Schule“, wir nennen das „Einheitsschule“. Klar ist, dass es bei der gemeinsamen Schule keine Hauptschule, keine Realschule und zumindest bis Klasse 10 auch kein Gymnasium mehr geben soll.

(Zuruf von Jacques Voigtländer [SPD])

Wir können gern über Formulierungen streiten. Sie nennen das „gemeinsame Schule“, ich nenne das „Einheitsschule“, „Einheitslehrer“ und „Einheitslehrerverband“, was dann alles noch folgen wird. Das ist ja spannend. Sagen Sie das doch so offen. Sie müssen sich einfach besser bekennen. Sie müssen sagen, was Sie wollen.

(Zuruf von Jacques Voigtländer [SPD])

Diese gemeinsame Schule ist nicht das Allheilmittel, um das demografische Problem zu lösen. Sie suggerieren, damit seien die Probleme zurückgehender Kinder- und Schülerzahlen lösbar. Wollen Sie allen Ernstes erzählen, dass die gemeinsame Schule in jedem 2 000-Seelen-Dorf das Förder-schulangebot, das bisherige Hauptschul- und Grundschulangebot sowie das Realschulangebot und das Gymnasialangebot vorhalten kann? - Für so dumm kann man doch die Bürger nicht halten, dass sie Ihnen abnehmen, dass das ein Patentrezept sei.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen einmal sagen, was für mich persönlich abseits aller ideologischen Auffassungsunterschiede und abseits der Frage, ob die Wissenschaft Ja oder Nein zu dem einen oder dem anderen System sagt, das entscheidende Argument ist, um in Niedersachsen das gegliederte Schulwesen zu befürworten. Niedersachsen ist ein Flächenland, meine Damen und Herren gerade von der SPD. Bei aller Wertschätzung habe ich häufig den Eindruck, als dächten Sie, Schulwesen in Niedersachsen bedeute Schulwesen in Hannover bzw. Schulwesen in der Stadtstruktur Hannovers. Niedersachsen ist ein Flächenland mit 3 100 Schulstandorten, mit kleinteiligen Grundschulstrukturen - das ist gut so - und auch mit kleinteiligen Hauptschul- und Realschulstrukturen, die durchaus leistungsfähig sind und nicht schlecht geredet werden dürfen, Herr Poppe.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gerade kürzlich gemeinsam in Bersenbrück eine große Haupt- und Realschule mit einem Neubau bedacht. Damals haben Sie sich nicht zu Wort gemeldet, aber jetzt stellen Sie das alles in Frage. Ich habe mich seinerzeit dezidiert dazu geäußert, wie ich es mit kleineren Schulstandorten halte.

Niedersachsen ist ein Flächenland! Wenn wir mit vielen Standorten wohnortnah am Kind dran sind, dann ist das gut für das Bildungsland, dann ist das gut für die Bildungsbeteiligung.

(Stefan Wenzel [GRÜNE] lacht)

- Sie lachen, weil Sie das nicht verstehen

(Jacques Voigtländer [SPD]: Wir sind hier doch nicht auf der Pirsch!)

Wir haben nach der letzten Schulstrukturreform - Sie wissen das - viele Außenstellen bekommen; aus welchen Gründen auch immer. Wir haben auch neue Schulen bekommen, z. B. Gymnasien in den mittleren Bereichen der Fläche, aber auch neue Realschulen. Wissen Sie, was das Ergebnis ist? - Wir stellen eine verbesserte Bildungsbeteiligung fest, wenn das weiterführende Schulangebot gut erreichbar ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist ein hoch interessanter Prozess. Ihre gemeinsame Schule stellt genau den gegenteiligen Weg dar. Sie wollen der Fläche die Schulen entziehen.

(Zurufe von der SPD)

Sie nehmen das Bildungsangebot vom Kind weg: Längere Wege, schwächere Bildungsbeteiligung und Ähnliches wären die Folgen.

Ich sage Ihnen ganz offen. Sie haben die Karten doch schon auf den Tisch gelegt. Oder haben Sie die 15 Seiten starke Presseerklärung von Herrn Jüttner nicht gelesen? - Auf 15 Seiten hat er uns klargemacht, dass nach Berechnungen der SPD schon aus demografischen Gründen - ich habe ja mit den Ohren geschlackert, dass das so ist, und wie man strategisch so dämlich sein kann; Entschuldigung, das ist Ihr Problem - 334 Hauptschulen, 137 Realschulstandorte und drei Gymnasien gefährdet seien. Insgesamt seien also 474 ein- oder zweizügige Schulen gefährdet.

Ich habe das einmal umgerechnet. Wollen Sie die mit der gemeinsamen Schule retten? Ist dann das demografische Problem gelöst? - Das bringe ich nicht zusammen. Haben Sie dann mehr Kinder? - Sie kriegen das Mehr an Kindern doch nur hin, wenn Sie Standorte konzentrieren, Frau Kollegin. Das muss doch offen angesprochen werden. Dann machen Sie also drei Schulen zu und ziehen sie an einem Standort zusammen.

(Zuruf von Claus Peter Poppe [SPD])

- Ja, Herr Poppe, dann sagen Sie es auch so offen. Dann sagen Sie es ganz offen, damit die Leute es begreifen: Ihr schließt denen die Schule. - So ist das! Ganz offen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sind nach der Gefährdungstabelle Jüttner schon fast 500 Standorte. Wenn Sie die Förderschulen - Frau Eckel hat hier vor vier Wochen gesagt, einige würden geschlossen - - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Entschuldigen Sie bitte, Herr Minister Busemann, Herr Kollege Albrecht wünscht, eine Zwischenfrage zu stellen. Ich kann in dem Kontext aber auch darauf aufmerksam machen, dass Sie Ihre Redezeit um 100 % überschritten haben.

(Minister Bernhard Busemann: Das ist die Leidenschaft, Frau Präsidentin!)

Außerdem haben zwei Redner um zusätzliche Redezeit gebeten.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Ich möchte die Zwischenfrage von Herrn Kollegen Albrecht gerne zulassen. Danach werde ich meine Rede beenden.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Albrecht, Sie haben das Wort.

Joachim Albrecht (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass eine der Hauptschulen, die in dieser Liste der SPD als besonders gefährdet dargestellt wird, in der Stadt Hannover liegt und schon vor eineinhalb oder zwei Jahren von der rot-grünen Mehrheit geschlossen worden ist? Das ist SPD-Politik!

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister!

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Ich habe diese Liste sehr sorgfältig studiert, Herr Kollege. Das ist mir bei dieser Gelegenheit auch aufgefallen. Übrigens ist mir dabei auch aufgefallen, dass die SPD auch den Schulstandort in meinem Heimatort, wo wir seit 30 Jahren ein blühendes Schulzentrum - Haupt- und Realschule - haben, als gefährdet ansieht. Das macht ja doch nachdenklich. 33 Standorte im Emsland, im Osnabrücker Land ist es mit 30 Standorten ähnlich, das zieht sich durchs ganze Land. Sie müssten doch einmal merken, was Ihnen Ihre eigenen kommunalen Fürsten geschrieben haben, z. B. aus Ostfriesland, aus dem Landkreis Leer, aus Emden, aus Aurich: Wir denken gar nicht an Schulschließungen, die in Hannover wissen gar nicht mehr, was in der Fläche los ist. - Sie sind bei diesem Thema also völlig neben der Spur. Ich kann nur sagen: Machen Sie nur weiter so. Das wird für Sie ein Himmelfahrtskommando. Ich freue mich auf den Wahlkampf.

Ich möchte Sie nur auf Folgendes hinweisen, bin aber nicht so ganz sicher, ob ich Ihnen die Zahlen nennen soll. Wenn Herr Jüttner da wäre und die Zahlen verinnerlichen würde, würde er keinen Finanzminister mehr für sein Schattenkabinett finden. Was Sie da anrichten wollen: Sie wollen Schulstandorte zu Hunderten aus der Fläche zurückziehen, müssen - wenn ich nur mit den gefährdeten Schulstandorten Ihrer Liste rechne - 4 500 Klassen an den dann zentralen Standorten neu bauen, was eine knappe Milliarde Euro kostet, Sie müssen die Fachräume, Aulen und was weiß ich nicht alles neu dazubauen, was eine weitere halbe Milliarde Euro kostet. Ich nehme Ihre Papiere ja immer sehr ernst.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie werden zwar immer dilettantischer, aber man muss sie halt ernst nehmen. Ich habe also einmal ausgerechnet, was es denn kostet, Ihren schönen Vorschlag - mit Herz, das finden wir alle toll, mit einer Klassenobergrenze von 24 Schülern für ganz Niedersachsen - umzusetzen. Meine Damen und Herren, für den Abend zum Nachdenken oder zum Angst kriegen: Das würde bedeuten, dass Sie nur unter dieser neuen Anforderung weitere 4 657 Klassen brauchen. Das entspricht weiteren 147 000 Lehrerstunden. Das wären 6 000 Vollzeitlehrkräfte.

Dann setzen wir noch eins drauf. Es gibt noch die Frage, die ich Ihnen schon fünfmal gestellt habe,

die Sie aber nicht beantworten - das muss Herr Jüttner ja irgendwann einmal wissen, wenn er auftritt -: Mit welcher Arbeitszeit tritt die Lehrerschaft in dieser gemeinsamen Schule auf? Mit der Arbeitszeit der Lehrer an der Förderschule, an der Hauptschule, am Gymnasium oder an der Realschule?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir haben einfach einmal gesagt - damit wir fair bleiben -: Wir nehmen die Arbeitszeit der Lehrerschaft einer Gesamtschule, also 24,5 Stunden. Wenn wir das für das gesamte System hochrechnen, meine Damen und Herren, - - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister, ich muss Sie noch einmal unterbrechen, weil der Geräuschpegel so hoch ist, dass ich Sie gleich nicht mehr verstehen kann.

(Zurufe von der SPD: Die CDU!)

Ich bitte um Ruhe.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Ich bin auch gleich fertig. - Meine Damen und Herren, allein dafür braucht man noch einmal 3 406 zusätzliche Lehrkräfte. Summa summarum kommen also rund 2 Milliarden Euro oder mehr auf Ihren Schattenminister - oder auf Herrn Jüttner, ich weiß nicht, wer die Bildung vertreten soll - zu. Sie haben es von vorne bis hinten nicht durchdacht.

Ich finde, es ist unerträglich, sich mit 15-seitigen Listen an die Bevölkerung zu wenden und die Leute an der Basis verrückt zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Sie machen sich um ihre Kinder Sorgen, sie machen sich um die Standorte Sorgen, sie machen sich um das Dorf Sorgen. Sie fragen, wo der nächste entsprechende Bildungsweg ist. Sie bringen das alles derartig durcheinander. Es führt in der Sache überhaupt nicht weiter. Und, wie gesagt: In der Sache sind wir ohnehin viel, viel weiter als Sie. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung noch zwei Wortmeldungen vor. Aufgrund der Redezeitüberschreitung der Landesregierung erteile ich Frau Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drei Minuten und Herrn Kollegen Meinhold direkt im Anschluss sechs Minuten zusätzliche Redezeit.
- Frau Kollegin Korter!

Ina Korter (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren, ich möchte mich zunächst an Herrn Schwarz wenden. Herr Schwarz, Schülerinnen und Schülern bringt man bei, richtig zu zitieren. Dann sollten wir das auch im Parlament so machen. Sie haben hier aus der Zeitung vorgelesen, Grüne zeigten Verständnis für die Realschülerdemonstrationen. Sie zeigen Verständnis dafür, wenn man den ganzen Artikel liest, dass die Realschüler keine Regionalschulen aus Haupt- und Realschulen wollen; denn die Grünen in Schleswig-Holstein fordern Gemeinschaftsschulen unter Einbeziehung der Gymnasialschüler. Zitieren Sie also bitte sinngemäß richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Busemann, Sie möchten gerne, dass die Schulstrukturdebatte zu Ende ist. Ich kann mir lebhaft vorstellen, dass Sie das gerne möchten. Kein Wunder - Sie stehen bei Ihrer Schulstrukturreform, die Sie hier aufgelegt haben, mit dem Rücken zur Wand.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie stehen mit dem Rücken zur Wand, weil Ihnen die Hauptschulen kaputt gehen, weil Sie das Hauptschulsterben zu verantworten haben, und weil Sie keine Antwort auf den demografischen Wandel haben. Sie haben nämlich überhaupt keine Antwort darauf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte gerne wissen, wie ein Kultusminister eigentlich rechnet, wenn er mit der gleichen Schülerzahl mit vier verschiedenen Schulformen - mindestens, wir haben ja sogar noch mehr - darauf kommt, Wohnortnähe verwirklichen zu können, mit

einer gemeinsamen Schule aber nicht. Das kann mir niemand vorrechnen.

Es ist ein Armutszeugnis für einen Kultusminister, dass Sie die Qualität dieser Schulform immer schlechtreden und sich nicht vorstellen können, dass man alle Schüler gemeinsam fördern kann. Herr Busemann, waren Sie noch nie an einer Waldorfschule? Haben Sie keine Ahnung von der Laborschule Bielefeld? Es gibt so viele Schulen, die längst so arbeiten - und Sie können es sich nicht vorstellen, dass man auch dort zum Abitur kommen kann. Das ist einfach nur peinlich für einen Kultusminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie alle hier im Hause wissen: Viele verschiedene Schulformen möglichst wohnortnah vorzuhalten, ist das teuerste Modell. Es ist nicht nur das ungerechteste, es ist nicht nur das pädagogisch unmöglichste, es ist auch noch das teuerste. Wer dem demografischen Wandel etwas entgegensetzen will, der muss für die Kleinen wohnortnah in einer gemeinsamen Schule anfangen und alle Bildungsangebote wohnortnah vorhalten können. Das machen wir mit unserer Basisschule, das macht die SPD mit ihrer Gemeinschaftsschule. Ich möchte einmal wissen, Herr Busemann: Womit möchten CDU und FDP in den Landtagswahlkampf gehen? Mit Ihrem überholten Konzept, das schon jetzt gescheitert ist?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Herr Kollege Meinhold, Sie haben sechs Minuten Redezeit. Bitte schön!

Walter Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Korter, womit der Herr Minister, die CDU und die FDP in den Wahlkampf ziehen wollen? - Dazu muss ich Ihnen sagen: Daran habe ich Spaß, die sollen mit diesem Modell in den Wahlkampf gehen. Dann haben wir die richtige Auseinandersetzung. Das nehmen wir alle doch einmal an.

Aber Herr Minister, wenn ich Ihren Worten wirklich glauben könnte, dann würden Sie sagen: Als Kultusminister, der ich vom gegliederten Schulwesen überzeugt bin, lasse ich mich auf den Wettbewerb

mit der Gemeinschaftsschule/Gesamtschule ein. - Das wäre doch die Antwort auf diese Fragen. Dann würden wir hier auch nicht mehr streiten.

(Zurufe von der CDU)

Das hat übrigens schon Werner Remmers zu Beginn seiner Amtszeit als Kultusminister geäußert. Er hat den Streit über das gegliederte und das integrierte Schulwesen aufgegeben. Er hat gesagt: Lassen Sie uns zu einem Mittelstreifen zurückfinden. Herr Minister, Sie rasen gerade an der rechten Leitplanke entlang. Das muss man einfach einmal so sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Sie fahren links von der Autobahn!)

Das ist das eine.

Zweitens. Herr Minister, Sie werden Ihre Worte zum Thema Hauptschulen noch bereuen, weil die Wirklichkeit Sie einholen wird. Was werden Sie denn tun, wenn die Einzügigkeit mehr und mehr zum Prinzip an den Hauptschulen wird? Was wollen Sie dann tun, wenn Sie ein ordentliches Angebot organisieren wollen? - Sie werden den Schritt zur Konzentration auch in der Fläche tun müssen. Das heißt, das, was Sie hier eben so vollmundig gesagt haben, wird Sie noch einholen. Auf die Debatte, die dann zu führen ist, bin ich gespannt. Das ist aber nicht der entscheidende Punkt.

Ich sage es hier noch einmal in aller Klarheit. Mir ist es wirklich egal, ob die Regierung den Begriff der Einheitsschule prägt. Soll sie ihn doch prägen. Was wir wollen, ist etwas anderes. Wir sagen: Es gibt zwei Konzepte, und wir wollen den Wettstreit. - Das steht so in unserem Konzept. Wir wollen den Wettstreit der Gemeinschaftsschule mit dem gegliederten System. Ihre Sorge, in diesen Wettstreit überhaupt eintreten zu müssen, ist doch allein schon verdächtig. Wenn Sie von Ihrer Lösung so überzeugt sind, dann treten Sie doch in diesen Wettstreit ein.

Nun noch eine Schlussbemerkung. Ich will die sechs Minuten Redezeit nicht ausschöpfen. Herr Schwarz, Sie haben hier aus einem Artikel zitiert. Ich werde mich jetzt selber darum kümmern, um mehr zu wissen. Wenn Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen, um zu demonstrieren, dann ist das zunächst einmal in Ordnung. Es gehört auch zum demokratischen Lernen, durch Protest auf der Straße oder wie auch immer für seine Mei-

nung einzutreten. Ich habe aber ganz große Sorge davor, wenn unser gegliedertes Schulsystem dazu führt, dass die Schüler aus einer Schulform, nämlich die Realschüler, gegen die Schüler aus einer anderen Schulform, nämlich die Hauptschüler, aufstehen. Dann läuft im Bildungssystem etwas richtig schief.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit mache ich den Schülerinnen und Schülern überhaupt keinen Vorwurf. Uns als Politikern muss es aber größte Sorgen machen, wenn in einem Bundesland solche Demonstrationen stattfinden; denn diese Demonstrationen können sich relativ schnell ausdehnen. Ich meine, dass das Denken in den Kategorien von Hauptschule, Realschule und Gymnasium etwas damit zu tun hat, wie wir diese Kategorien in unserer Gesellschaft einpflanzen und ständig bestätigen. Der Artikel, den Sie zitiert haben, Herr Schwarz, müsste eigentlich auf allen Seiten dieses Hauses zu größter Besorgnis führen. Wir müssten alle sagen: Wir wollen nicht, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund der Schulform gegeneinander aufstehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Berufsleben müssen alle Schülerinnen und Schüler schließlich ordentlich miteinander umgehen können. Das tun sie auch. Passen wir also auf, dass wir den von mir soeben skizzierten Prozess nicht weiter fortsetzen!

Die Antwort kann deshalb nur lauten: Herr Minister und meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, lassen Sie uns beide Systeme nebeneinander stellen. Lassen wir uns auf den Wettbewerb - dies ist ein Begriff, der hier immer wieder genannt wird - ein.

(Zuruf von der CDU: Bildung ist keine Experimentierstube!)

- Irrtum! Es gibt Gegenden in Niedersachsen, in denen Sie binnen kürzester Frist Gesamtschulen bauen bzw. einrichten könnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Meinhold. - Nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat aufgrund

der Redezeitüberschreitung der Landesregierung auch die CDU-Fraktion Anrecht auf eine Redezeit von sechs Minuten. Frau Körtner, Sie haben das Wort.

Ursula Körtner (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich werde es wohl in anderthalb Minuten schaffen. Die ideologische Rückwärtsgewandtheit und die schmale Segmentierung der Opposition mit dem Fixpunkt Einheitsschule werden wir nicht verändern können, und wir wollen es auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Von meinen Kolleginnen und Kollegen auf dieser Seite des Hauses ist bereits alles gesagt worden.

(Widerspruch bei der SPD)

Von dem Herrn Kultusminister ist alles gesagt worden.

Lassen Sie mich nur noch auf einen Aspekt eingehen, der heute noch keine Rolle gespielt hat. Die Folge einer Einheitsschule - meine Damen und Herren auf dieser Seite des Hauses, das wissen Sie sehr genau; ich beziehe mich hier auf andere Länder - ist der Run auf die Privatschulen. In Frankreich und in anderen Ländern wählen bis zu 30 % eines Jahrgangs diese Alternative im Hinblick auf die Einheitsschulen, die dort vorgehalten werden. Das bedeutet: gute Bildung für die Kinder von Eltern mit der dicken, der gut gefüllten Brieftasche und schmale Einheitskost für die Mehrzahl der Schüler. Das ist nämlich die Konsequenz Ihrer Einheitsschulpolitik. Meine Damen und Herren auf dieser Seite des Hauses, das wollen wir nicht, das wollen aber vor allen Dingen die Eltern in diesem Lande überhaupt nicht. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Poppe hat für zwei Minuten das Wort.

Claus Peter Poppe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zu zwei Punkten etwas sagen, die ich wirklich schnell abhandeln kann. Der erste Punkt ist, dass der diffamierende Begriff der Einheitsschule hier sehr bewusst verwendet wird. Dies ist

ein Begriff, der im Grunde gegen alle Schulen im skandinavischen Raum gewendet werden müsste, obwohl die skandinavischen Länder erwiesenermaßen Spitzenreiter bei PISA sind, nicht etwa Bayern oder vergleichbare Länder. Insofern richtet sich dieser Begriff selbst. Wahre Begabungsgerechtigkeit setzt individuelle Förderung voraus, nicht aber die Förderung nach dem Kriterium von drei scheinbaren Begabungen. Dies ist der eine Punkt.

Bei dem zweiten Punkt sollten wir alle etwas nachdenklich sein. Uns allen müsste doch bekannt sein, dass es in der deutschen Bildungsdiskussion zwei große Fehler gibt. Der eine große Fehler ist, dass man die Diskussion nur auf Strukturfragen fokussiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das tun wir nicht. Es geht vielmehr darum, alles das anzuerkennen, worum wir kämpfen müssen, nämlich um Qualität im Bildungswesen - - -

(Zuruf von Reinhold Coenen [CDU])

- Nun hören Sie doch mit dieser Laberei über die Einheitsschule auf. Ein Schlagwort allein reicht doch nicht, Herr Coenen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können nur noch in Schlagworten diskutieren. Es geht auch darum, um Gerechtigkeit zu streiten und auch früh mit der Bildung anzufangen. In dieser Hinsicht sind wir uns doch in vielen Punkten einig. Auch was über Anschluss- und Berufsorientierung gesagt wurde, ist alles wahr und richtig. Es darf aber nicht dazu kommen - dies ist der zweite große Fehler -, Strukturen, die etwas kaputt machen, die etwa die Gerechtigkeit kaputt machen, außen vor zu lassen. Das ist der zweite Punkt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Poppe. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Herr Kollege Albrecht und Herr Kollege Coenen, Sie können die Diskussion im Anschluss draußen fortsetzen. Das steht Ihnen frei.

Ich schließe die allgemeine Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD abgelehnt worden.

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 6:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften -
Gesetzentwurf der Landesregierung -
Drs. 15/2999 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport -
Drs. 15/3372 - Schriftlicher Bericht -
Drs. 15/3399

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet auf Annahme mit Änderungen.

Der schriftliche Bericht über die Ausschussberatungen liegt Ihnen vor. Eine mündliche Berichterstattung ist daher nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Von der SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Leuschner zu Wort gemeldet.

(Unruhe)

- Ich möchte von Anfang an dafür Sorge tragen, dass Sie den Saal verlassen, wenn Sie diskutieren möchten. Das gilt auch für Sie, Herr Kollege Althusmann. Jetzt hat nur Frau Kollegin Leuschner das Wort.

Sigrid Leuschner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir diesen Gesetzentwurf zum ersten Mal in der Hand hatten, wirkte er harmlos. Wir haben gedacht, dass es lediglich um eine schlichte Anpassung an gesetzliche Vorgaben geht. Darum geht es aber nicht. Mit diesem Trick will der Innenminister unser bewährtes Modell der Vergabe von Führungspositionen auf Zeit im Beamtenverhältnis nach § 194 a - wir haben dieses Modell 1995 eingeführt - verändern, und zwar mit der Zielrichtung der Vergabe von Führungspositionen auf Probe. Wir halten das für skandalös, weil sich unser Modell wirklich bewährt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich die Begründung Ihres Gesetzes anschaut, wird es noch haarsträubender. Sie bemühen darin die Bayerische Verfassung und eine Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs von 2004 und schreiben darin, dass die Vergabe von Führungspositionen auf Zeit nicht mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbar sei und dass man das im vorausseilenden Gehorsam auch in Niedersachsen anpassen müsse. Dieses ist nicht die Wahrheit. Herr Innenminister, lassen Sie doch einfach die Katze aus dem Sack! Sie von den damaligen Oppositionsfraktionen sind, als wir 1995 unser Modell eingeführt haben, dagegen Sturm gelaufen. Insofern kann man hier die wahren Gründe nennen, aus denen Sie dieses Gesetz ändern wollen. Aus unserer Sicht hat sich das Gesetz bewährt, weil man in vielen Bereichen, insbesondere im Schulbereich, eine Zeit lang braucht, um sich in einer Führungsposition zu bewähren. Man braucht auch eine Überprüfung. Das hat Ihnen in der Anhörung die Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes gesagt. Sie sagte, dass sich das Modell bewährt habe und es mit unserer Niedersächsischen Verfassung durchaus vereinbar sei.

Mittlerweile gibt es zwei Urteile. Es gibt ein Urteil von 1996 aus Niedersachsen zum Niedersächsischen Schulgesetz. Darin ist man zu der Erkenntnis gelangt, dass die Regelung verfassungsgemäß ist, weil wir das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum nicht in unserer Landesverfassung verankert haben. Aber, Herr Innenminister, es gibt auch eine Entscheidung vom 19. September 2006 aus Nordrhein-Westfalen. Darin gelangt man zu der gleichen Erkenntnis. Worin liegen also die Gründe, aus denen Sie ein sehr bewährtes Modell einfach abschaffen wollen? - Der Niedersächsische Richterbund hat in der Anhörung zum Ausdruck gebracht, dass in Abwägung der Verhältnismäßigkeit die Vergabe von Führungspositionen auf Zeit einfach sinnvoller ist. Dieser Auffassung schließen wir uns natürlich an, und diese Argumentation finden wir sehr konsequent.

Zusätzlich durchlöchern Sie Ihren Gesetzentwurf durch Einzelausnahmen, die ich hier nicht ausführen möchte, indem Sie Ausnahmeregelungen für bestimmte Personengruppen schaffen. Dadurch wird das Ganze noch abstruser. Wir halten an unserem alten Modell fest und werden Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen.